

„ZUM KAMPF MUSS ERZOGEN WERDEN“

SPIEGEL-Gespräch mit vier Verfassern der Hauptmanns-Studie von Unna

SPIEGEL: Meine Herren, Sie haben in Ihrem Protestpapier mehr Kommiß in der Bundeswehr gefordert. Sie wollen die Soldaten wieder vor der Front bestrafen können, ihnen lange Haare und Bärte verbieten und mehr äußere Disziplin einüben. Zugleich beklagen Sie den Nachwuchsmangel bei Unteroffizieren und Offizieren. Meinen Sie, daß die Bundeswehr durch mehr Kommiß attraktiver wird?

HAUPTLEUTE: Dürfen wir vorab sagen, daß wir hier nur unsere persönliche Auffassung zu dem gemeinsamen Arbeitspapier vertreten. Zu Ihrer Frage: Die Bundeswehr kann durch Maßnahmen innerhalb der Armee allein nicht attraktiver werden. Kommiß alter Schule und drastische Disziplinierung in Form der Unterdrückung ist von uns in keiner Weise gewollt.

SPIEGEL: Aber Sie schreiben doch in Ihrem Papier, daß Sie sich ein verbindliches Erscheinungsbild wünschen.

HAUPTLEUTE: Wir unterscheiden zwischen dem äußeren und dem inneren Erscheinungsbild. Das äußere Erscheinungsbild muß sich ja daran orientieren, was die Gesellschaft vom Soldaten erwartet. Derzeit können wir nur feststellen, daß sogar Reservisten, die zu uns kommen, entsetzt sind über das äußere Erscheinungsbild unserer Soldaten.

SPIEGEL: Also Sie meinen, die Gesellschaft erwartet, daß der Soldat besonders zackig auftritt und notfalls durch Bestrafung vor der Front dazu angehalten wird.

HAUPTLEUTE: Das erwartet die Gesellschaft mit Sicherheit nicht. Sie erwartet auch keine Bestrafung. Aber die Gesellschaft weiß sehr wohl, daß eine äußere Haltung auf eine innere Haltung schließen läßt. Dazu gehört eben, daß das Bild des Soldaten nicht identisch sein kann mit dem Gammler.

SPIEGEL: Wenn die von Ihnen geforderte „äußere Erscheinung“ für alle Soldaten verbindlich gemacht würde — müßte das nicht gerade die Wehrpflichtigen noch mehr abschrecken?

HAUPTLEUTE: Unsere praktische Erfahrung ist doch: Das äußere schlampige Bild des Soldaten ist Ausdruck seiner inneren Abneigung gegen den Dienst, gegen die ihm auferlegte Pflicht, etwas für die Gemeinschaft zu tun. Der Soldat dokumentiert durch sein schlechtes Äußeres seine entsprechende innere Einstellung.

SPIEGEL: Aber wenn Sie das äußere Bild unter Zwang korrigieren, verändern Sie doch diese Einstellung nicht.

HAUPTLEUTE: Deshalb ist das äußere Bild ja auch nur eine Randererscheinung in unserem Papier, die man sicherlich nicht überbewerten darf.

SPIEGEL: Immerhin ist das eine Ihrer zehn Feststellungen. In Feststellung drei fordern Sie mehr formale Disziplin. Was heißt das?

HAUPTLEUTE: Damit ist nicht Kommiß gemeint, nämlich auf dem Kasernenhof Wendungen machen und dergleichen. Formale Ausbildung ist ein aus der Erfahrung heraus wirksames Mittel der Erziehung zum Gehorsam, die im Gefechtsdienst unerlässlich ist.

SPIEGEL: Ihre Thesen klingen ähnlich wie die der rechten Bundeswehr-Traditionalisten. Wie der General Karst fordern Sie ein spezifisches Soldatenbild, wie die Generale Grashey und Schnez fordern Sie eine Ausrichtung der Gesellschaft auf die Bedürfnisse der Bundeswehr. Fühlen Sie sich in dieser Gesellschaft wohl?

HAUPTLEUTE: Die Schnez-Studie kennen wir gar nicht. Der Minister hat zwar gesagt, die Studie sei diskussionswürdig, aber an die Truppe ist sie

lein von der sachlichen Fragestellung her? Es geht hier einzig und allein um die reinen Sachpunkte, nicht um politische Punkte. Und das ist dem Arbeitspapier zu entnehmen.

SPIEGEL: Dem Arbeitspapier sind eher Übereinstimmungen mit Karst als mit Baudissin zu entnehmen.

HAUPTLEUTE: Schauen Sie, eine Einordnung in eine bestimmte Denkungsart muß einfach, sofern man sich einmal artikuliert, in Kauf genommen werden. Wir sind unabhängig zu ähnlichen Schlußfolgerungen gekommen wie vorher andere, und wir haben unsere Meinung gebildet aus Informationen von rechts, von links wie auch aus der Mitte. Dann ist es doch nicht sinnvoll, wenn wir automatisch in eine bestimmte Denkungsart eingeordnet werden.



Hauptleute beim SPIEGEL-Gespräch in Augustdorf*

bis heute nicht ausgeliefert worden. Wir haben nur die Auszüge im SPIEGEL gelesen, das ist praktisch unsere einzige Informationsquelle. Mit Auszügen jedoch kann eine Tendenz verfolgt werden.

SPIEGEL: Das hat uns nicht einmal Herr Schnez vorgeworfen.

HAUPTLEUTE: Wir sind keine kleinen Schneze. Wir meinen, daß man es sich zu simpel macht, wenn man einfach davon ausgeht, wir stehen rechts. Wir sind gegen jedes Schubladendenken. Im übrigen möchten wir darauf hinweisen, daß der Schwerpunkt unseres Papiers auf den Gebieten der Ausbildung und Erziehung liegt.

SPIEGEL: Was tun Sie denn, um sich gegen die Einordnung nach rechts zu wehren?

HAUPTLEUTE: Eine Gegenfrage. Gibt es nicht zu denken, daß eben ganz gewisse Probleme in unserer Armee immer wieder auftauchen, unabhängig von einer politischen Einstellung, al-

SPIEGEL: Sie haben der CDU gegen die sozialdemokratische Regierung Munition geliefert. Wollten Sie das?

HAUPTLEUTE: Das ist ein falscher Schluß. Unsere Feststellungen sind kein Angriff auf den derzeitigen sozialdemokratischen Verteidigungsminister. Es ist kein Angriff auf die Politik der Sozialdemokratischen Partei. Diese Zustände, die wir kritisieren, sind ja die Summe einer langen Entwicklung, die nicht nur die SPD und nicht nur dieser Verteidigungsminister zu verantworten haben.

SPIEGEL: Aber Sie machen dieser Regierung den Vorwurf, sie verschleierte vorsätzlich das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West.

HAUPTLEUTE: Nein, das stimmt nicht. Wir machen diesen Vorwurf der politischen Führung. Und das ist nicht allein der Minister, das ist auch der

* Mit den Hauptleuten Heiko Möhring, Bernd Huebner, Fritz Arit, Helge Schulenburg und mit (vom SPIEGEL) Heinz Dae-nicke, Carl-Gideon von Claer, Hagen Graf Lambsdorff, Bodo Zeuner (nicht im Bild).

Verteidigungsausschuß, in dem alle Fraktionen vertreten sind.

SPIEGEL: Verschleiert also auch die CDU das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West?

HAUPTLEUTE: Das können wir im Augenblick deshalb nicht feststellen, weil hier nun mal eine SPD/FDP-Regierung so handelt. Wenn diese Schrift unter einer CDU-Regierung herausgekommen wäre, hätte uns möglicherweise die SPD Schützenhilfe gewährt, und wir hätten von der CDU den Vorwurf entgegennehmen müssen, daß wir gegen sie sind.

SPIEGEL: Womit belegen Sie Ihren Vorwurf der Verschleierung?

HAUPTLEUTE: Wir gehen ja davon aus, wie sich uns die Sache darstellt. Der junge Soldat sagt uns doch: Warum machen Sie denn Feindunterricht, den Gegner gibt es ja gar nicht. Also ist die Aufklärungsarbeit der Regierung nicht so weit gedungen, daß die jungen Leute glauben, dieser Gegner sei echt da.

SPIEGEL: Mit anderen Worten: Sie müssen den Wehrpflichtigen sagen, wir seien bedroht, damit er seinen Dienst als sinnvoll einsieht.

HAUPTLEUTE: Nein, das wäre eine Simplifizierung. Der Soldat muß letztlich erkennen, daß sein Einsatz von Wert ist. In einer friedliebenden Welt ist der Sinn des soldatischen Einsatzes von 18 Monaten fernab von Familie und Beruf für den Wehrpflichtigen nicht so deutlich erkennbar, wenn er nicht zugleich die ständige Aufrüstung des Ostblocks sieht.

SPIEGEL: Sie verlangen von den Politikern, daß sie öffentlich die Bedrohung hervorheben. Sollen sie auch wider bessere Einsicht die rote Gefahr an die Wand malen, nur damit Soldaten von der Notwendigkeit ihres Dienstes überzeugt sind?

HAUPTLEUTE: Der Soldat fragt uns: Warum sind wir da? Warum haben wir die Armee von 500 000 Mann, warum haben wir die Präsenz von zwölf Divisionen? Wie sollen wir die Antwort formulieren, wenn wir nicht von oben eine klare Zielweisung oder eine Marschrichtung erhalten? Im Weißbuch fehlt zum Beispiel das Kapitel Bedrohung.

SPIEGEL: Helmut Schmidt hat immer wieder gesagt, daß im Weißbuch an vielen Stellen ausdrücklich von der Bedrohung durch die andere Seite die Rede ist.

HAUPTLEUTE: In allen diesen Äußerungen werden die militärischen Kräfte immer wieder deutlich und richtig geschildert. Aber es wird oft nicht gesagt, daß hinter diesen Kräften eine politische Ziel- und Stoßrichtung steckt, für die kein Anzeichen zu sehen ist, daß sie sich seit Lenin geändert hat. Diese Aussage vermissen wir.

SPIEGEL: Diese Bundesregierung geht offensichtlich davon aus, daß die Sowjet-Union nicht das primäre Interesse hat, ihren Machtbereich zu erweitern, sondern den Status quo in Europa zu bewahren. Da sind Sie also anderer Meinung?

HAUPTLEUTE: Nein, im Prinzip nicht unbedingt. Denn warum will die



Kommiß-Ärgernis Haartracht
„Über das Erscheinungsbild entsetzt“

Sowjet-Union den Status quo erhalten? Weil auf der anderen Seite in so starkem Maße Militärmächte aufgeföhren sind, die eine politische Veränderung nicht zulassen. Und deshalb ist Entspannung nur denkbar im Rahmen des westlichen Bündnisses.

SPIEGEL: Wenn die Bundesregierung der Sowjet-Union, so wie Sie es vorschlagen, dauernd an den Kopf werfen würde, in Wirklichkeit sei sie eine aggressive Macht — meinen Sie, daß dann Entspannungspolitik möglich wäre?

HAUPTLEUTE: Wenn die Analyse es fordert, daß man diese Aggressivität deutlich macht, dann muß das auch ausgesprochen werden. In welcher Weise, ist mit Sicherheit natürlich von den politischen Bedingungen abhängig; aber man darf es nicht verschleiern oder hinauschieben.

SPIEGEL: Sie bekennen sich in Ihrem Papier zwar zu den „Grundzügen der Inneren Führung“, zugleich aber halten Sie die Idee vom Staatsbürger in Uniform für gescheitert. Warum?

HAUPTLEUTE: Um die Innere Führung ist schon so viel geredet worden. Für uns stellt sie sich als tägliche Erfahrung der Rechtsstaatlichkeit dar. Die Innere Führung baut ihr gesamtes Konzept auf den selbständig und einsichtig handelnden und seinen Wehrdienst versiehenden Staatsbürger auf, der in Uniform einen Dienst für die Gemeinschaft tut. Dieses Konzept ist nach unseren Erfahrungen einfach deswegen gescheitert, weil diese Voraussetzung nicht gegeben ist.

SPIEGEL: Dann müssen Sie ja wohl in der Bundeswehr diese Voraussetzungen schaffen. Sehen Sie die Betonung der Disziplin als Möglichkeit an, mündige Soldaten zu erziehen?

HAUPTLEUTE: Wenn das heißen soll: mehr Demokratie, dann muß eindeutig festgestellt werden, Demokratisierung in der Form, daß alle Erscheinungsformen in der Demokratie auch in der Armee Platz haben müssen, das hat Grenzen.

SPIEGEL: Welche?

HAUPTLEUTE: Beispielsweise: Die Mitbestimmung, die in Betrieben gefordert wird, die man überall auf allen Ebenen verlangt und verwirklicht, ist in der Armee undurchführbar. Wo Führung herrscht — und eine Armee kommt ohne einheitliche Führung nicht aus —, kann nicht diskutiert werden.

SPIEGEL: Das ist genau das Gegenteil von dem, was der Verteidigungsminister sagt. Der sagt: Diskussion ist die moderne Form der Führung.

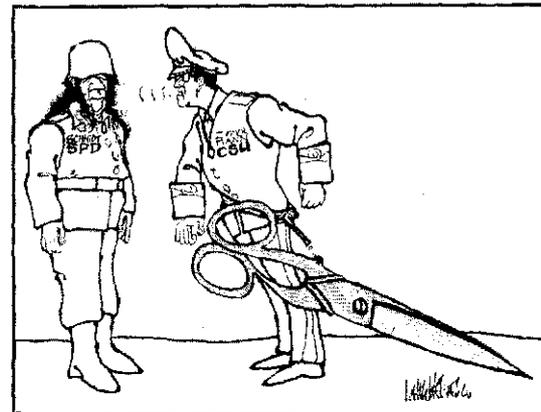
HAUPTLEUTE: Der Minister hat auch gesagt: Gehorsam und Diskussion schließen einander nicht aus.

SPIEGEL: Eben. Aber Sie sagen doch, Führung schließe Diskussion aus.

HAUPTLEUTE: Sehen Sie bitte den Begriff der Führung eindeutig vor dem Hintergrund des Kampfauftrags. Alles, was wir tun, hat sich letztlich auf diesen Kampfauftrag auszurichten. Wenn heute über alle möglichen Dinge diskutiert wird, dann ist es für uns unvorstellbar, daß morgen im Kampf plötzlich nicht mehr diskutiert wird.

SPIEGEL: Heißt das, Sie wollen die Situation aus dem Kampf, die auch für den Soldaten eine Ausnahmesituation ist, in das tägliche Leben des Soldaten in der Kaserne einföhren?

HAUPTLEUTE: Nein. Unser militärisches Leben läßt ausreichend Raum dafür, daß wir ein Problem, das herausgenommen werden kann aus dem Bereich Befehl und Gehorsam, mit den Betroffenen besprechen. Aber die



Westdeutsche Allgemeine
Wehrdebatte: „Ich fordere Sie auf schwere Säbel“

Diskussion in der Form, daß über Entscheidungen, die gefällt werden, zunächst einmal zu diskutieren ist, das führt zur Verwischung der Grenzen. Im Endeffekt kann dann dort, wo befohlen werden muß, nicht mehr unterschieden werden, ob wir diskutieren müssen oder nicht.

SPIEGEL: Im Ernst wird doch kaum jemand fordern, daß in der Bundeswehr die wesentlichen Entscheidungen in einer Kompanie etwa qua Mehrheitsbeschuß gefällt werden. Sie ziehen ja die Grenzen für Mitbestimmung in Ihrem Papier auch wesent-

Für Männer unserer Zeit

Wasche im neuen Stil. Für echte Männer gemacht. Von Kapart. Kaum spürbar - sitzt wie angegossen. Modisch und von hoher Qualität.

Slip 5 x 8

T-Shirt TS 68
Twen Slip TS 68



Kapart®
bewußt männlich

In guten Fachgeschäften
- wo, sagt Ihnen auch
Mabi Wirkwaren, 7457 Bisingen

lich enger. Sie sind zum Beispiel dagegen, daß die ÖTV in der Bundeswehr werben darf. Wollen Sie eine Armee, die sich von gesellschaftlichen Konflikten so isoliert, daß Bundeswehr-Angehörige sich nicht mehr gewerkschaftlich organisieren dürfen?

HAUPTLEUTE: Wenn diese gewerkschaftliche Arbeit, nicht nur die der ÖTV, sondern die allgemeine Verbandsarbeit, dazu führt, daß Unruhe und Unzufriedenheit in das Heer heringebracht werden, dann müssen wir sie ablehnen.

SPIEGEL: Was meinen Sie mit der von Ihnen kritisierten „Politisierung der Bundeswehr“?

HAUPTLEUTE: Zum Beispiel folgendes: Der Kompaniechef gehört zur CDU, sein Offizier und Stellvertreter ist Angehöriger der SPD oder umgekehrt. Es kommt ja bereits vor, daß unmittelbar aufeinander im Dienst angewiesene Offiziere und Soldaten, etwa als Mitglieder kommunaler Parlamente, am Feierabend oder nach Feierabend sich in die Haare geraten, wenn es um politische Entscheidungen geht.

SPIEGEL: Wieso ist das schlimm?

HAUPTLEUTE: Dort, wo man auf Kameradschaft, auf Loyalität, auf Befehl und Gehorsam angewiesen ist, kann man nicht eine völlige Kehrtwendung am anderen Morgen machen. Das muß zwangsläufig zu Spannungen führen. Und insofern ist diese aktive Parteilarbeit von Soldaten schädlich und nicht günstig für den täglichen Dienstablauf.

SPIEGEL: Das heißt also, der Offizier soll nach Möglichkeit keiner Partei angehören.

HAUPTLEUTE: Der Soldat, der Offizier, muß politisch stark engagiert sein, aber er sollte sich einer parteipolitischen Bindung enthalten.

SPIEGEL: Wie kann man sich denn in diesem Staat politisch stark engagieren und sich zugleich parteipolitisch enthalten?

HAUPTLEUTE: Natürlich werden die politischen Entscheidungen durch Parteien gefällt. Hier entsteht ein Konflikt für den Soldaten. Und es gibt kein vollgültiges, voll akzeptables Rezept, wie sich der Soldat hier zu verhalten hat. Nur, die Auswirkungen sind schädlich im täglichen Dienstbetrieb. Das Antellnehmen an der Politik könnte vielleicht doch wertfreier werden, wenn man dem Soldaten zumindest verwehrt, für eine Partei in ein Parlament gewählt zu werden.

SPIEGEL: Haben Sie Angst, daß das „schmutzige Geschäft“ Politik die hohen Werte der Kameradschaft und des soldatischen Zueinanderstehens aushöhlen könnte?

HAUPTLEUTE: So kann man es auch sagen.

SPIEGEL: Sie fordern in Ihrem Papier, daß der Soldat in erster Linie Kämpfer sein soll und daß er sich im täglichen Dienst auf die Anwendung von Gewalt vorzubereiten hat. Muß

der Soldat heute nicht eher zum technischen Spezialisten ausgebildet werden?

HAUPTLEUTE: Es geht ja nicht nur um die Ausbildung, sondern es geht uns auch um eine gewisse Grundhaltung. Und dabei ist es eben notwendig, daß man alle Soldaten, so arbeitsteilig ihre Welt auch sein mag, erst mal darauf hinerzieht. Zum Kampf muß erzogen werden, und zwar zum Kämpfenwollen, wenn es darauf ankommt. Das wird derzeit immer mehr verwässert, und das tut der Truppe eben Abbruch. Die Kampftruppen sind nun mal der harte Kern des Heeres, und alle anderen sind ja Zuarbeiter. Auch der Zuarbeiter muß kämpfen können und kämpfen wollen.

SPIEGEL: Bringen Sie nicht in diese Bundeswehr einen aggressiven Geist hinein, wenn Sie fordern, daß das Kämpfen immer noch erstes Ziel der Ausbildung ist und nicht der Gedanke, daß der Bundeswehrsoldat zuerst die Funktion der Friedenserhaltung hat?

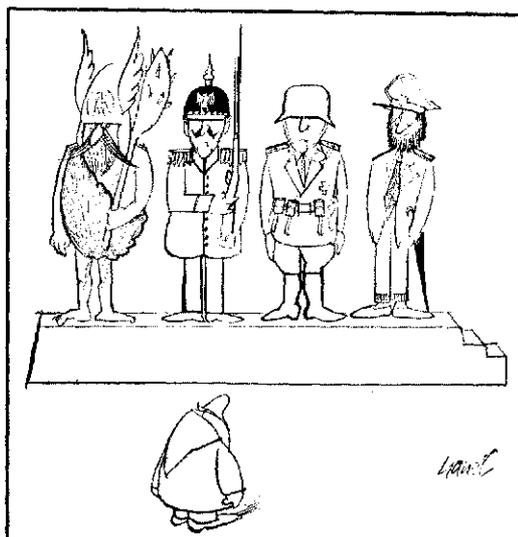
HAUPTLEUTE: Wenn wir das umdrehen, sind wir richtiger dran: Weil der Soldat kämpfen kann und kämpfen will, hat es zur Folgewirkung, daß der Frieden erhalten wird. Sagen Sie es umgekehrt, er muß sich zunächst einmal für die Erhaltung des Friedens einsetzen und darin seinen Auftrag sehen, dann setzen Sie die Folge vor die Ursache.

SPIEGEL: Sie können kämpfen, und wenn es darauf ankommt, wollen Sie auch kämpfen. Wollen Sie dann auch siegen?

HAUPTLEUTE: Wenn ich nicht bereit bin, den Kampf, für den ich in meiner inneren Überzeugung antrete, auch siegreich zu beenden, dann kann ich von vornherein einpacken.

SPIEGEL: Sehen Sie nicht die Gefahr, daß ein Gegner, der mit konventionellen Mitteln an den Rand der Niederlage gebracht worden ist, dann zur Atomwaffe greifen muß?

HAUPTLEUTE: Die Kriegsziele bestimmen nicht wir, die Soldaten, son-



Volkswirt

Bundeswehr: Denkmodelle für ein neues Image



Wehr-Reformer **Graf Baudissin**
„Führung ohne Diskussion?“

dem die politische Führung. Aber siegen heißt natürlich nicht, daß dem Gegner, nachdem er angegriffen hat — nur dieser Fall kommt ja überhaupt in Frage —, nun mit aller Gewalt eine vernichtende Niederlage beigebracht werden muß. Wenn der Sieg damit gegeben ist, daß nach dem Ausbruch von Feindseligkeiten das Gleichgewicht wiederhergestellt wird und Möglichkeiten zu politischen Verhandlungen gegeben sind, dann ist das ja längst ausreichend.

SPIEGEL: Sie haben auch die These des Bundespräsidenten Heinemann kritisiert, die Bundeswehr müsse sich als Institution in Frage stellen lassen. Wundert es Sie denn, daß die Bundesbürger ihre Armee abschaffen wollen, wenn das politische Umfeld es einmal erlauben sollte?

HAUPTLEUTE: Nein, das wundert uns gar nicht. Aber die Grundfrage stellt man ja auch an einen Richter nicht jeden Tag. Und auch dieser Mann ist abschaffbar, wenn die Gesellschaft sich einmal so ändern würde.

SPIEGEL: Diebe wird es immer geben, Mörder wahrscheinlich auch. Aber es könnte ja immerhin einmal sein, daß die politische Landschaft in Europa es erlaubt, auf die Größe einer Polizei oder einer Schutztruppe abzurüsten.

HAUPTLEUTE: Das wäre begrüßenswert. Aber wir meinen, daß die Äußerung des Herrn Bundespräsidenten falsch verstanden wurde und nach wie vor falsch verstanden wird. Sie wird eben besonders von denen, die heute schon die Bundeswehr in Frage stellen, für sich ausgenutzt.

SPIEGEL: Sie wollen die Schüler durch ihre Lehrer und möglichst alle Bundesbürger durch Rundfunk und Fernsehen zum Wehrwillen erziehen.

HAUPTLEUTE: Wir wollen Rekruten, die den Wehrdienst als sinnvoll ansehen. Dazu darf man doch wohl ein Mindestmaß an Informationen durch Schule und Presse fordern. Zum Beispiel sollten Themen in den Haupt-

Schlagt die Betriebsgrippe!

Der Anfang ist schon gemacht, wenn Sie dem Händetrocknen in Ihrem Betrieb mehr Beachtung schenken.

Raus aus dem Waschraum mit allen Lösungen, die Grippe von Hand zu Hand weiterreichen.

Speziell fürs Händetrocknen in Betrieben wurde unser Handtuchautomat entwickelt.

Er ist für Massenbenutzung konstruiert und bietet dennoch Waschraumkomfort.

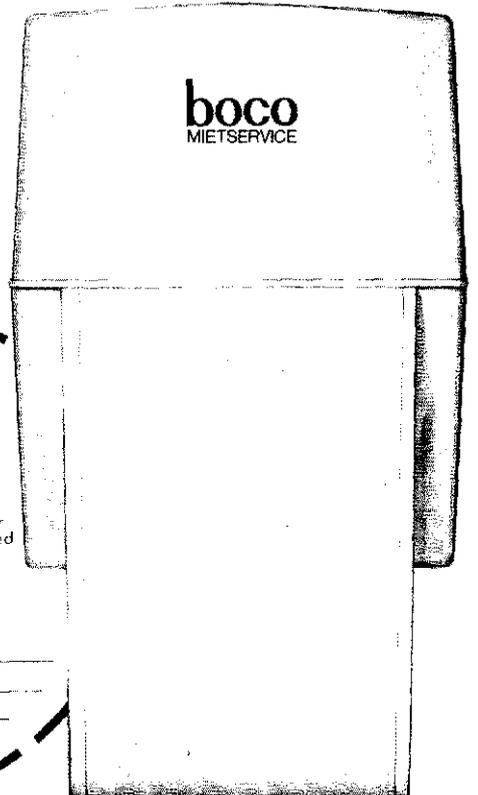
Er verhindert jede Bakterienübertragung beim Händetrocknen.

Sein Einsatz ist kostengünstig und rationell — dank unserem Mietsystem (Sie brauchen sich um nichts zu kümmern).

Endlich die Lösung, die viele Vorteile vereint.

Ein Test gibt Ihnen Gewißheit. Beachten Sie den Coupon.

boco
MIETSERVICE



Coupon

Kostenlos montieren wir*
für einen 14-Tage-Test
einen betriebsbereiten
Handtuchautomaten.

*Wenn sich Ihr Betrieb innerhalb unserer
ausgedehnten Lieferbereiche in Nord- und
Westdeutschland befindet.

Schreiben Sie an:
BOCO-MIETSERVICE Abt. HA1
2 Hamburg 74, Billbrookdeich 210

Firma: _____

Der Handtuchautomat entspricht allen gesetzlichen Bestimmungen zur Waschraumhygiene.

schulen sein: Verteidigung, das Atlantische Bündnis und dergleichen.

SPIEGEL: Es gibt doch Verfügungen der Kultusminister, in denen das ausdrücklich gefordert wird.

HAUPTLEUTE: Der Bundeskanzler hat ein ganz deutliches Schreiben an die Ministerpräsidenten gerichtet, in dem er gerade diesen Punkt so klar herausarbeitet, daß wir nur hoffen können, daß die Schulen jetzt endlich entsprechend reagieren.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das gleiche bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehhäusern erreichen?

HAUPTLEUTE: Wir wollen doch nur, daß irgendwo einmal die tägliche Leistung der Soldaten objektiv, wertfrei und nicht einseitig geschildert wird. Ist es denn nicht möglich, daß, ebenso wie es Jugendfunk und Landfunk gibt, auch einmal eine Sendung für Soldaten gebracht wird? Zum Beispiel ein Fernseh-Report über das Manöver der Panzer-Brigade 21, wo

SPIEGEL: Verkennen Sie nicht den Auftrag der Journalisten, wenn Sie von ihnen Wehrrtüchtigung verlangen?

HAUPTLEUTE: Wir stellen doch nur fest: Der junge Wehrpflichtige ist nicht auf seinen Verteidigungsauftrag vorbereitet. Und es kann uns keiner in Abrede stellen, daß eben entweder keine oder negative Vorstellungen von dem Verteidigungsauftrag bestehen, durch den doch letztlich auch die Pressefreiheit gesichert wird.

SPIEGEL: Dennoch verlangen Sie Maßnahmen in Schulen und Rundfunkhäusern zur Stärkung des Wehrwillens. Muß man daraus nicht schließen, daß sich nach Ihrer Meinung die Bundeswehr nicht an die Gesellschaft anpassen soll, sondern daß sich umgekehrt wesentliche Teile der Gesellschaft an die Bedürfnisse der Bundeswehr anpassen sollen?

HAUPTLEUTE: Nein, das müssen wir entschieden zurückweisen. Es geht hier nicht darum, daß sich alle Insti-

Ausdruck finden muß in der ganzen Arbeit des Kabinetts und der Regierung.

SPIEGEL: Im Schlußwort Ihrer Studie kündigen Sie an, Sie wollten „alle geeignet erscheinenden Maßnahmen im und außer Dienst verantwortungsvoll und konsequent ergreifen“, um Ihre Forderungen durchzusetzen. Welche Maßnahmen haben Sie sich darunter vorgestellt?

HAUPTLEUTE: Wir wollen im Rahmen der Gesetze nach den uns auferlegten Pflichten aktiv sein, um mitzuhelfen, die von uns kritisierten Zustände zu verändern. Die Sache ist zur Zeit weiter gediehen, und unser Papier hat ja eine Resonanz gefunden, die wir vielleicht nicht mal erwartet hatten.

SPIEGEL: Nehmen wir an, nach einem Monat wäre es wieder ruhig um die Forderungen der 30 Hauptleute. Was werden Sie dann tun?

HAUPTLEUTE: Die 30 Hauptleute werden als die 30 Hauptleute sicherlich nicht geschlossen irgend etwas Neues machen. Das können wir gar nicht. Wir haben für die Sache ein hohes Maß an zusätzlicher Arbeit investiert. Wir haben daneben auch noch unsere Kompanien geführt. Man kann von uns auch nicht erwarten, nun auch noch ein fertiges Konzept vorzulegen. Wir sind uns darüber im klaren, daß sicherlich jetzt auch wir Zeit vergehen lassen müssen. Es kann nicht mit einem Mal urplötzlich alles radikal anders werden. Aber jeder einzelne von uns wird sich sicherlich weiterhin engagieren.

SPIEGEL: Sie haben mehr Gehorsam und Disziplin verlangt. Meinen Sie nicht, daß Helmut Schmidt recht hat, wenn er sagt, daß Sie selbst die Disziplin verletzt hätten?

HAUPTLEUTE: Zu dieser sehr scharfen Verurteilung sehen wir keinen Grund. Der Herr Minister hat deutlich gemacht, daß er in Nötfällen ein Überschreiten oder Abweichen vom Dienstweg für erforderlich hält. Wir haben diesen Dienstweg nicht nur über eine lange Zeit auf verschiedenen Ebenen eingehalten, sondern man hat uns auch glaubwürdig versichert, daß dem Herrn Minister an einem Gespräch mit uns nicht gelegen sei. Damit war für uns der Notfall gegeben.

SPIEGEL: Immerhin war es, um in Ihren Begriffen zu reden, ein dicker Hund, daß Sie Ihr Papier vom 5. März nicht nur an Kameraden, sondern auch an ausgewählte Journalisten mit einer Sperrfrist von 14 Tagen herausgegeben haben.

HAUPTLEUTE: Wir waren bereit, Loyalität und Gehorsam zu üben und zu wahren. Dann kam irgendwann die Erkenntnis, daß es wohl inopportun war, uns zu hören. Da wir aber in erster Sorge waren, haben wir entsprechend unserem Schlußwort versucht zu handeln. Der Schritt in die Öffentlichkeit mußte erfolgen; denn wenn man Dinge fordert, die die gesamte Öffentlichkeit angehen, dann muß man an dieser Diskussion die Öffentlichkeit beteiligen.

SPIEGEL: Meine Herren, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Bundeswehr-Gefechtsausbildung: „Wer nicht siegen will, kann einpacken“

die Leistung herausgestellt wird und nicht immer nur kritisiert wird.

SPIEGEL: Sie verlangen in Ihrem Papier ja mehr als nur sachliche Informationen: Sie wollen einen Beitrag zur Erziehung zum Wehrwillen. Wie wollen Sie diese Wehrrtüchtigung durchsetzen?

HAUPTLEUTE: Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir wollen hier nur einen Mangel aufzeigen, den die Politiker beseitigen sollten. Aber wir meinen, es ist ein legitimes Interesse von uns zu sagen, berichtet mal etwas Positives über uns. Die Fernsehanstalten sind doch öffentlich-rechtliche Anstalten und damit letztlich konkurrenzlos. Und wir meinen, da ja in den Rundfunkräten auch politisch festgelegt wird, was gebracht wird, daß hier die Vertreter aller politischen Parteien dafür sorgen sollten, daß über das Militär wenigstens Auskunft gegeben wird. Als Soldaten müssen wir einfach fordern, daß auch positive Auskunft gegeben wird.

tutionen nach einer richten. Wir sind auch nicht der Meinung, daß sich zum Beispiel die Bundeswehr nach den Hochschulen richten muß. Wir sind nur der Auffassung: Der Staat hat neben anderen Institutionen auch die Bundeswehr geschaffen. Und solange der Staat das für politisch notwendig hält, muß er sich letztlich auch mit anderen staatlichen Institutionen dahinterstellen. Denn es wäre ja sonst eine Inkonzistenz, die überhaupt nicht zu verstehen wäre.

SPIEGEL: Immerhin haben Mitglieder dieser und der früheren Regierungen der Bundeswehr stets ihre Notwendigkeit bescheinigt und ihre Leistungen öffentlich anerkannt.

HAUPTLEUTE: Das ist wie das kameradschaftliche Schulterklopfen: Habt ihr gut gemacht, weitermachen! Bei diesen Bekundungen darf es nicht bleiben, sondern das muß sich darstellen in einer konsequenten Haltung, die nicht nur vom Verteidigungsminister vertreten werden kann, sondern ihren